

im Auftrag des europäischen Netzwerkes für Unternehmensverantwortung, *ECCJ*, und des amerikanischen Pendant *ICAR*, entwickelt zahlreiche Vorschläge, wie diese menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten gesetzlich verankert werden könnten.

Auf EU-Ebene gibt es derzeit eine konkrete Initiative, menschenrechtliche Sorgfaltspflichten zu regulieren. Im Dezember wird ein Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie über Sorgfaltspflichten in der Lieferkette vorgelegt. Die Kommission möchte, dass die Lieferkette von Rohstoffen bis hin zu den Endprodukten unter Berücksichtigung der IT-Industrie betrachtet wird. Die IT-Industrie betreibt in der DR Kongo Zinn verbaut, die in der DR Kongo seit Jahren einen kriegsrischen Konflikt anheizen. Hier eine intelligente Rahmensetzung zu schaffen, würde bedeuten, dass sie einerseits eine Lösung für die Probleme vor Ort schafft, ohne gravierende Nebeneffekte zu haben, und andererseits keine unrealistische Last für Unter-

nehmen darstellt. Aber nicht alles, was Unternehmen oder ihre Verbandsvertreter als Unmöglichkeit darstellen, ist in der Praxis wirklich nicht zu leisten. So behaupteten die Elektronikunternehmen noch vor wenigen Jahren, sie könnten die Herkunft ihrer Rohstoffe nicht zurückverfolgen. Mit dem Dodd-Frank-Act sind sie nun dazu verpflichtet und die Praxis zeigt: es ist möglich, wenn auch mit zusätzlichem Aufwand verbunden.

erschienen in der *FifF-Kommunikation*,
herausgegeben von *FifF e.V.* - ISSN 0938-3476
www.fiff.de

1. Öko-Institut e.V.: Freiwilliges CSR-Engagement von Unternehmen reicht nicht aus, Pressemitteilung 17.9.2013 (<http://www.oeko.de/presse/pressemitteilungen/dok/1573.php>)
2. http://www.corporatejustice.org/IMG/pdf/human_rights_due_diligence-the_role_of_states-2.pdf



Annelie Evermann

Geht nicht – ist nicht?

Neue Ansätze für eine sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung von IT-Produkten

Öffentliche Verwaltungseinheiten sind Großabnehmer von IT-Hardware. Daher setzen sich WEED e.V. und andere zivilgesellschaftliche Organisationen schon lange dafür ein, dass Länder, Gemeinden, Universitäten und andere öffentliche Beschaffungsstellen ihre Einkaufsmacht nutzen, um die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in der IT-Produktion zu verändern. Doch wie fordert man soziale Bedingungen, wenn es noch kein IKT-Produkt gibt, das diese Kriterien erfüllt? Der Artikel geht verschiedenen neuen Ansätzen für eine sozial verantwortliche öffentliche IT-Beschaffung nach und stellt eine neue Monitoring-Organisation, Electronics Watch, vor.

Die Produktion von Hardware in der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) ist entlang der gesamten Lieferkette von ausbeuterischen Arbeitsbedingungen geprägt. Seit *Apple* 2010 durch eine Reihe von Selbstmorden überlasteter ArbeiterInnen beim chinesischen Zulieferer *Foxconn* in die Schlagzeilen geriet, ist das inzwischen jedenfalls der politisch interessierten Öffentlichkeit bekannt.

Längst steht nicht mehr nur *Apple* im Fokus der Kritik. Davon abgesehen, dass der als *Apple*-Zulieferer bekannte Konzern *HonHai/Foxconn* ebenso *Dell*, *HP*, *IBM* und andere beliefert: Die Arbeitsbedingungen sind in den Produktionshallen der anderen Zulieferer und Sublieferanten nicht weniger kritisch.

Die Probleme in der Computerindustrie variieren zwar je nach Standort; weltweit verbreitet sind jedoch die hohe Jobunsicherheit, niedrige Löhne, extensive Arbeitszeiten und unbezahlte Überstunden sowie ein höchst gewerkschaftsfeindliches Verhalten vieler Unternehmen. Die Arbeitsschutzmaßnahmen sind oft unzureichend, obwohl die ArbeiterInnen in der Produktion mit teils hochgiftigen Stoffen in Kontakt kommen. Hier nur einige aktuelle Beispiele:

Samsung wurde jüngst von der brasilianischen Regierung verklagt: Die Arbeitsbedingungen in einem *Samsung*-Werk in Manaus/Brasilien seien gesundheitsschädlich und würden z. B. mit Schichten bis zu 15 Stunden am Tag gegen bestehendes Arbeitsrecht verstoßen.

Auch der chinesische Zulieferer *Pegatron*, der für eine große Zahl namhafter Elektronikkonzerne wie *Dell*, *Apple*, *Microsoft* und *HP* produziert, steht in der Kritik. Laut *China Labor Watch* verstößt *Pegatron* massiv gegen internationales und chinesisches Arbeitsrecht. Die 70000 ArbeiterInnen, darunter auch PraktikantInnen und Minderjährige, arbeiten unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen, leisten permanent Überstunden und werden unzureichend bezahlt.



China Labor Watch deckte auch auf, dass der *SHARP*, *TCL* und *HTC* beliefernde chinesisch-taiwanische Zulieferer *Jiangxi Lianchuang Electronics* Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren beschäftigt. Laut ihrem Bericht leisten sie die gleiche Arbeit wie Erwachsene, was in diesem Fall Schichten bis zu elf Stunden mit nur wenigen Pausen und niedriger Vergütung bedeutet.¹

All diese Berichte stehen im direkten Zusammenhang mit unserem Kauf von Laptops, Smartphones, Desktops oder anderen IKT-Geräten. Doch anders als bei Kleidung, Kaffee oder Schokolade gibt es bislang keine echte Kaufalternative im IKT-Bereich. Alle Markenhersteller kaufen über wenige zentrale Hauptzuliefererfirmen (Kontraktfertiger) ein, die die Arbeitsrechte in der eigenen und der Sublieferanten-Produktion missachten. Bislang



Wohnheim für Arbeiterinnen: Schlafen zu zwölf – verhängte Betten als einzige Privatsphäre, China. Foto: SACOM 2007

ist daher noch kein *fares* IKT-Produkt auf dem Markt. Sogar die beiden aus NGO-Kreisen stammenden Produkt-Initiativen, die sich auf den Weg zur sozial verantwortlich produzierten Computermouse (*Nager IT*) bzw. Smartphone (*Fairphone*) gemacht haben, zeigen – erfreulich transparent – die Schwierigkeiten, entlang der gesamten Lieferkette soziale Rechte von Zulieferern und Sublieferanten einzufordern und zu kontrollieren.

Die Einkaufsmacht der öffentlichen Beschaffungsstellen

Gerade wegen dieser aussichtslos scheinenden Situation können Großverkäufer wie öffentliche Beschaffungsbehörden bei der Verbesserung der Bedingungen in diesem Sektor eine Schlüsselrolle spielen. In Europa kaufen öffentliche Einrichtungen IKT-Produkte mit einem enormen Gesamtbetrag ein, oft mit mehrjährigen Rahmenverträgen und hohen Einkaufsvolumina pro Ausschreibung. Zwischen 2013 und 2015 wird sogar ein jährliches Wachstum von sieben Prozent erwartet.² Damit verfügen sie über eine enorme Marktmacht, die sie sozial verantwortlich einsetzen können und sollten.

Doch leider versagen in Deutschland die meisten politisch Verantwortlichen beim Thema IT-Einkauf. Bislang haben so gut wie alle Bundesländer, die soziale Kriterien in ihren Vergabegesetzen fordern, IKT-Produkte von der Liste der verpflichtend sozial einzukaufenden Produkte gestrichen. Eine rühmliche Ausnahme ist bislang nur Nordrhein-Westfalen.

Dabei gibt es gerade jetzt mehrere neue Ansätze und auch Initiativen, die Beschaffungsstellen mit praktischen Hilfestellungen zur Seite stehen können.

WEED und andere NGOs schlagen schon länger vor, von den Bietern statt eines fairen Produkts die Umsetzung sogenannter zielführender Maßnahmen zu fordern, die für den Auftraggeber überprüfbar sind. Dies kann z. B. eine möglichst weit reichende Transparenz der Lieferkette, die Aushändigung von Arbeitsverträgen und nationalen Arbeitsgesetzen an die ArbeiterInnen, eine Schulung des Managements zu den geforderten sozialen Rechten, die Durchführung von Arbeitsrechts-Trainings oder im besten Falle eine unabhängige Beschwerdestelle sein. Eine Metaausschreibung hierzu ist auf WEEDs Website zu finden.³

In Schweden gibt es außerdem den Ansatz, den dort bewährten Fragenkatalog zur Verlaufskontrolle auch beim IKT-Einkauf einzusetzen: Der Bieter, der den Zuschlag erhalten hat, ist verpflichtet, nach einer gewissen Zeit nach Vertragsunterzeichnung diesen Fragenkatalog zu sozialen Rechten auszufüllen. Mithilfe eines Auswertungsbogens nach dem Ampelsystem können die Behörden dann ermitteln, ob der Vertragspartner die vereinbarten sozialen Kriterien eingehalten hat. Die schwedischen Bezirkskommunen schließen bei denjenigen Vertragspartnern, deren Antworten nicht zufriedenstellend sind, an dieses Verfahren sogar ein externes Auditing vor Ort an. Das Konzept hat WEED im Rahmen des europäischen *LANDMARK*-Projekts zu sozial verantwortlicher Beschaffung vorgestellt.⁴

Dieses schwedische Modell des Fragenkatalogs hat auch *TCO Development* übernommen, die das erste Zertifikat zu sozialen Kriterien bei IT-Hardware vergeben. Auch wenn hier bislang leider nur die letzte Stufe in der Produktion kontrolliert wird, leistet TCO doch wichtige Pionierarbeit. Weil TCO die Einhaltung sozialer Kriterien in der Lieferkette fordert, aber nur die letzte Stufe in der Produktion kontrolliert, kam es vor kurzem zum Eklat: NGOs zeigten auf, dass in der Produktion des TCO-zertifizierten Samsung-Smartphones *Galaxy S4* in koreanischen Werken der unteren Lieferkette Arbeitsschutzmaßnahmen schwerwiegend missachtet wurden. Die Konsequenzen, die TCO in diesem Fall Samsung gegenüber ziehen wird, werden hoffentlich zeigen, wie unabhängig und transparent TCO auch im Ernstfall ist.

Auch in Deutschland übernehmen manche öffentliche Beschaffungsverantwortliche mit neuen Ansätzen freiwillig Verantwortung. So hat die zentrale IT-Beschaffungsstelle im Norden, *Dataport*, in ihrer jüngsten Hardware-Ausschreibung mit einem Gesamtvolumen von etwa 70 Millionen Euro und einer Laufzeit von vier Jahren von den Bietern ein Konzept zur Einhaltung umfangreicher sozialer Rechte gefordert und dies im Rahmen der Zuschlagskriterien gewertet.⁵ Und das *Bundesbeschaffungsamt des BMI* hat eine IT-Mustererklärung mit dem IT-Branchenverband *BITKOM* vereinbart, die zwar diverse Schwächen hat, aber doch ein erster Schritt in die richtige Richtung ist.⁶

Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser

All dies sind wichtige Schritte, um ein Umdenken bei den Bietern anzustoßen. Angesichts fehlender personeller und zeitlicher Ressourcen bei vielen öffentlichen Beschaffungsstellen einerseits

und intransparenter Lieferketten andererseits bleibt bei den meisten Ansätzen jedoch der wichtige Aspekt der Kontrolle problematisch.

Hier setzt ein neues Projekt an, an dem auch WEED beteiligt ist. Gemeinsam mit mehreren europäischen Organisationen haben wir begonnen, ein Konsortium namens *Electronics Watch*⁷ aufzubauen. Electronics Watch wird eine unabhängige Monitoring-Organisation, die mithilfe sozial verantwortlicher öffentlicher Beschaffung in Europa die Einhaltung der ArbeitnehmerInnenrechte in der globalen Elektronikbranche erreichen will.

Das Modell von Electronics Watch lehnt sich eng an das für den Bekleidungssektor bewährte Modell des *Worker Rights Consortium*⁸ aus den USA an. Die Mitglieder dieses Konsortiums fordern von ihren Lieferanten die Einhaltung internationaler Arbeitsrechte und schaffen durch ihre kumulierte Kaufkraft seit 2000 Anreize für nachhaltige und sozial verantwortliche Arbeitsbedingungen entlang der Lieferkette.

Auch bei Electronics Watch werden NGOs und Gewerkschaften aus dem Süden ebenso wie europäische öffentliche Beschaffungsstellen in der Führung der neuen Organisation gleiches Mitspracherecht haben. Gegen Zahlung einer Gebühr sollen die beteiligten öffentlichen Einrichtungen und Institutionen mit aktuellen Informationen über ihre Lieferanten versorgt, die Arbeitsbedingungen vor Ort überprüft und Verfahren bereitgestellt werden, um auf Nichteinhaltungen zu reagieren. Dies wird durch Kontakte und Kontrolleure vor Ort in Kombination mit einem Whistleblower-System möglich. Die Finanzierung durch Beschaffungsbehörden statt durch die zu kontrollierenden Unternehmen gewährleistet die unerlässliche Unabhängigkeit von den IKT-Unternehmen. Electronics Watch soll bis Mitte 2015 mit einer ersten Gruppe von 50 öffentlichen Beschaffungsstellen aus ganz Europa beginnen.

Dass das eigene Einkaufsverhalten direktes politisches Handeln bedeutet, haben die über 18 000 Einzelpersonen verstanden, die *Fairphone* durch den Kauf dieses Produkts unterstützen. Angesichts der vielversprechenden Ansätze ist zu hoffen, dass auch mehr öffentliche Beschaffungsstellen und politische Entschei-



Arbeit in einer chinesischen Computerfabrik
Foto: SACOM 2008

dungsträgerInnen in Europa ihre Verantwortung beim IKT-Einkauf wahrnehmen.

Anmerkungen

- 1 Links zu diesen und weiteren Berichten auf www.pcglobal.org
- 2 Global Consumer Electronics Market Forecast von RNCOS, <http://www.reportlinker.com/ci02060/Consumer-Electronics.html>
- 3 WEED u. a.: „Buy IT Fair– Leitfaden zur Beschaffung von Computern nach sozialen und ökologischen Kriterien“, <http://www2.weed-online.org/uploads/leitfaden.pdf> sowie „Quo Vadis, Beschaffung?“, http://www2.weed-online.org/uploads/quo_vadis_beschaffung.pdf
- 4 Vgl. <http://www.landmark-project.eu/de/leitfaeden-instrumente>
- 5 Vgl. www.dataport.de/ueber-uns/presseservice/pressemitteilungen/Seiten/Dataport2013/130801-Kooperation-IT-Beschaffung.aspx. Die Ausschreibung wird demnächst auf www.landmark-project.eu vorgestellt.
- 6 Vgl. das vorab veröffentlichte Forderungspapier des CorA-Netzwerks unter www2.weed-online.org/uploads/forderungen_cora_it_beschaffung_2012.pdf
- 7 Siehe www.electronicwatch.org/de
- 8 Siehe www.workersrights.org



Annelie Evermann

Annelie Evermann ist Juristin und Referentin für nachhaltige Produktion und öffentliche Beschaffung bei WEED – Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V. (www.weed-online.org). Sie beschäftigt sich derzeit schwerpunktmäßig mit Produktionsbedingungen in der IT-Branche.